

# Alltag oder Krise

## Szenen aus Ländern des globalen Südens

**Die aktuelle weltweite Wirtschaftskrise begann in den kapitalistischen Metropolen, vornehmlich den USA. Viele Texte behandeln die Ursachen der Krise und ihre Auswirkungen in den Metropolen, kaum jedoch die Folgen für die Länder des globalen Südens. Allenfalls wird auf Devisenschulden, Rohstoff- und Agrarpreise verwiesen. Dies scheint uns zu einfach. Unterschiedliche Regionen, Menschen und Gesellschaften lassen sich nicht über einen Kamm scheren. Im Folgenden versuchen wir in einigen Szenen die Vielschichtigkeit der Krisenwirkungen in den Ländern des globalen Südens zu verdeutlichen. Dabei wird auch klar, dass für viele Menschen im globalen Süden die Krise Dauerzustand, das System die Krise ist.**

Die Hungerrevolten des vergangenen Jahres aufgrund rasant gestiegener Preise für Nahrungsmittel zeigten auch in den Metropolen deutlich die weltweiten Auswirkungen der Finanzkrise. Finanzinvestoren zogen Mittel aus Wertpapieren, um auf steigende Preise für Rohstoffe und Agrarprodukte zu spekulieren. Nicht weniger bedrohlich für die Ernährung vieler Millionen Menschen sind aber Entwicklungen, die mit der Finanzkrise nichts zu tun haben. Zum Beispiel der Raub landwirtschaftlich nutzbarer Flächen in Asien und Afrika durch ausländische Investoren. So hat die chinesische Eximbank bereits im Jahr 2006 der moszambikanischen Regierung einen Kredit über 2 Milliarden US-Dollar zum Bau eines Staudammes im Zambesi-Tal eingeräumt. Straßen werden gebaut und Häfen ausgebaut, um Reis und Weizen nach China zu exportieren. Landnutzungsrechte können in Mosambik nur vom Staat vergeben werden, wobei lokale Dorfgemeinschaften eigentlich einen

Rechtsanspruch auf traditionell genutztes Land haben. Doch dort bislang lebende KleinbäuerInnen wissen selten von ihren Rechten und den Mitteln der Durchsetzbarkeit. So fallen die Nutzungsrechte an Agrokonzerne und die KleinbäuerInnen werden vertrieben.

Sowohl multinationale Konzerne als auch Staaten wie Qatar oder China sind in agrarisch nutzbaren Regionen Afrikas auf Einkaufstour. Land ist billig, vor und erst recht in der Krise. Bei niedrigen Preisen für Exportgüter schrumpfen die Deviseneinnahmen afrikanischer Staaten. Das macht dortige Regierungen empfänglich für Verkauf oder langfristige Verpachtung fruchtbar Agrarlandes an ausländische Investoren - auf Kosten kleinbäuerlicher Familienbetriebe, die in vielen Ländern des globalen Südens den Hauptteil der in der Landwirtschaft Tätigen ausmachen. In Afrika sind es etwa 70 Millionen Familien.

## **Nahrungsmittelindustrie bedroht KleinbäuerInnen**

Bedroht wird die kleinbäuerliche Landwirtschaft vornehmlich durch die globale Agrar- und Nahrungsmittelindustrie. Dabei arbeiten Konzerne, Lobbyverbände, Regierungen, UN-Organisationen sowie herrschaftsfreundliche Nichtregierungsorganisationen Hand in Hand. Gemeinsames Leitbild ist die Integration von KleinbäuerInnen in den weltweiten Agrarhandel. Die Einbindung in die globale Wertschöpfung kettet die kleinbäuerlichen Betriebe an die Bedingungen der Agrar- und Nahrungsmittelindustrie. Saatgut und Düngemittel müssen vorfinanziert werden, Anbaumethoden und Preise werden fremdbestimmt. Sinkende Produktpreise führen in dieser Cash-Crop-Landwirtschaft häufig zu hoher Verschuldung und materieller Existenzbedrohung der VertragslandwirtInnen. Am Ende bleibt oft nur die Abwanderung in die Städte mit der trügerischen Hoffnung auf Lohnarbeit. Das Land wird dankend von der Agrarindustrie übernommen.

In Indien waren gerade die aus ländlichen Regionen in die städtischen Verdichtungsräume abgewanderten Frauen und Männer für den ökonomischen Boom der vergangenen Jahre maßgeblich verantwortlich - sei es in den traditionell exportorientierten Industrien,

der einheimischen Bauindustrie oder bei IT-Dienstleistungen. Noch vor kurzer Zeit konnte die Immobilienbranche Rekordpreise für Immobilien für die IT-Elite Indiens verlangen, die Bauindustrie schaffte es kaum, mit der Nachfrage privater und öffentlicher Investoren Schritt zu halten, und Bodenspekulation und Grundstückspreise hoben zu Höhenflügen ab. Doch der Boom ist vorbei. Im Oktober 2008 knickten die indischen Exporte ein und die Industrieproduktion rutschte in die Rezession. Zusammen mit dem Rückgang der Binnennachfrage, dem Ende des Zuflusses von Investitionen aus der indischen Diaspora sowie dem Einbruch im Immobiliensektor und in der Konsumgüterindustrie führte das zu zeitweisen Produktionsstopps und der massenhaften Entlassung von Wander- und VertragsarbeiterInnen. Für sie sind nun selbst prekäre Jobs rar und sie sind gezwungen, entweder unter erbärmlichen Bedingungen in den städtischen Ballungsräumen durchzuhalten oder zurück in ihre Dörfer oder kleineren Städte zu gehen.

Die indische Ökonomin Jayati Ghosh hält es für möglich, dass die Zahl der in Indien von den Auswirkungen der Krise betroffenen Wander- und GelegenheitsarbeiterInnen auf bis zu 50 Millionen ansteigt. Sie kommen vorwiegend aus ländlichen Gegenden, wo es kaum Arbeit gibt. Seit mehr als einem Jahrzehnt durchlebt die indische Landwirtschaft eine Krise, die auch während des Preisanstiegs für Agrarprodukte auf dem Weltmarkt anhielt. Mit fallenden Weltmarktpreisen, etwa bei Baumwolle, ist der Anbau exportorientierter Agrarprodukte jetzt noch weniger kostendeckend und existenzsichernd als zuvor. Auch die Krise wirkt in den ländlichen Raum hinein: Infolge des Verkaufs großer Aktienpakete durch ausländische Investoren und des Verlusts an ausländischen Währungsreserven vergaben indische Banken keine Kredite mehr und das Mikrokreditwesen in der Landwirtschaft trocknete aus.

Der indische Staat versucht der Verelendung auf dem Land entgegenzuwirken: Ein 2005 eingeführtes ländliches Beschäftigungsprogramm (NREGS) soll allen Haushalten 100 Tage bezahlte Arbeit im Jahr garantieren. Es brachte laut Regierungsangaben 2008/09 insgesamt 13 Millionen Haushalten eine zusätzliche Beschäftigung. Dies entspricht in etwa der Anzahl

fortgefallener regulärer Arbeitsplätze im ländlichen Indien im gleichen Zeitraum. Wie begrenzt oder unterbezahlt diese Arbeiten auch immer sind, sie stellen für die lokale Bevölkerung eine notwendige - in manchen Gegenden die einzige - Einkommensquelle dar.

## **Rücküberweisungen von MigrantInnen bleiben aus**

"Asien könnte vor einer Welle radikaler sozialer Unruhe stehen", sagt Walden Bello von der NGO *Focus on the Global South* und spielt damit auf die Millionen migrantischer ArbeiterInnen an, die auf der Suche nach Arbeit ihre Heimatländer verlassen haben. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise werden diese meist ungelerten HilfsarbeiterInnen als erste auf die Straße gesetzt. In Indien und Bangladesch, zwei der größten Empfängerländer von Rücküberweisungen, wird die Rückkehr vieler der nun arbeitslosen Millionen von MigrantInnen erwartet. Gleichzeitig bricht das exportorientierte Wachstumsmodell der asiatischen Länder zusammen, was zu massiven Arbeitsplatzverlusten führt.

Durch ausbleibende Rücküberweisungen, die hauptsächlich für Nahrung, Kleidung und medizinische Versorgung ausgegeben werden, drohen Familien in vielen Ländern wieder unter die Armutsgrenze zu fallen. Weil Rücküberweisungen wichtig für die Familie und Community im Heimatland sind, ist die Verpflichtung zur Unterstützung oft so groß, dass MigrantInnen die Rückkehr in die Heimatländer nur als letzte Option ansehen. Vorher wechseln sie den Arbeitsplatz, leisten Überstunden, reduzieren eigene Ausgaben, nutzen ihre Ersparnisse oder nehmen schlechtere Arbeitsbedingungen in Kauf. Auf den Philippinen sind immer mehr Menschen bereit, in Krisenregionen wie Afghanistan, Irak oder dem Nigerdelta zu arbeiten.

Die Arbeitslosigkeit in den von Arbeitsmigration profitierenden Ländern steigt. Gleichzeitig wachsen die Ressentiments gegenüber MigrantInnen. In Spanien hat die Polizei Prämien für den Fang von Illegalisierten ausgesetzt. MigrantInnen, die sich legal im Land

aufhalten und ihren Job verloren haben, versucht man mit einer einmaligen Sonderzahlung in Höhe von 2 Jahren Arbeitslosengeldbezügen unter der Bedingung der Abgabe der Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung für Spanien zur sofortigen Rückkehr in ihr Heimatland zu bewegen.

"Die gegenwärtige Krise ist eine ausgezeichnete - sogar einmalige - Gelegenheit ... für die Neugestaltung des Wirtschaftslebens in der entwickelten Welt, damit es zukunftsfähiger und weniger habgierig wird", sagt Jayati Ghosh. Gegenwärtig scheint die Krise jedoch eher genutzt zu werden, um Politiken durchzusetzen und Strukturen aus der Mottenkiste zu ziehen, die vielen Entwicklungsländern schon in der Vergangenheit geschadet haben. So gewinnen mit der Krise der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank wieder an Wichtigkeit, die in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung verloren hatten und teilweise delegitimiert waren. Die Kritik richtete sich vor allem gegen die Bedingungen, die sie zur Voraussetzung der Vergabe von Krediten an "Entwicklungsländer" machten. Im Rahmen sogenannter Strukturanpassungsprogramme mussten Empfängerländer Ausgaben zum Beispiel für Soziales und Bildung senken, öffentliche Dienstleistungen privatisieren und ihre Wirtschaften auf den Export ausrichten - mit verheerenden Folgen.

In den letzten Jahren wurden einige der von IWF und Weltbank angebotenen Dienste allerdings immer weniger in Anspruch genommen - nach der Asienkrise Ende der 1990er Jahre gingen die Netto-Auszahlungen der International Bank for Recovery and Development (IBRD), des zentralen Instituts der Weltbankgruppe, immer weiter zurück. Teilweise überstiegen die Rückflüsse gar die Auszahlungen. Kapital war für die Regierungen so genannter Entwicklungsländer vergleichsweise einfach auf den internationalen Kapitalmärkten zu besorgen.

## **Die "Weltordnungspolitik" von IWF und Weltbank**

Aufgrund der Finanzkrise sind derzeit diese Kredite von Privatbanken kaum zu bekommen. Auch in reicheren Ländern besteht Finanzbedarf - diese treten damit auf Finanzmärkten in Konkurrenz zu

Entwicklungsländern um knappe Kredite. Die letzteren haben dabei das Nachsehen - und wenden sich an die Weltbank. Für das Jahr 2009 werden die Kreditneuzusagen der IBRD auf 35 Milliarden US-Dollar geschätzt, verglichen mit je rund 13 Milliarden US-Dollar in den Jahren 2006 und 2007. Auch der IWF erlebt eine Renaissance. Er hat in den letzten Monaten Kredite an eine Reihe von Ländern vergeben, die von der Finanzkrise besonders betroffen sind. Teilweise sind diese an ähnliche Bedingungen geknüpft, wie sie bereits früher in die Kritik geraten waren: im Fall von Ungarn beispielsweise das Einfrieren von Gehältern im öffentlichen Dienst.

IWF und Weltbank wird eine zentrale Rolle im Rahmen der "Weltordnungspolitik" zugeordnet, nach der jetzt häufig gerufen wird. Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul (SPD) beispielsweise hält den IWF für die geeignetste Institution, die Einhaltung von internationalen Finanzmarkt-Regeln künftig zu überwachen. Andere mögliche - und vermutlich bessere - Antworten auf die Krise aus den Ländern des globalen Südens geraten damit aus dem Blick. Der südafrikanische Aktivist und Professor Patrick Bond empfiehlt den Ländern Afrikas beispielsweise, die Schuldentrückzahlung zu verweigern. (siehe *ak* 533)

Der Blick auf das globale Geschehen zeigt also kein einheitliches Bild. Ein und dasselbe Ereignis - beispielsweise die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise - hat für die einen positive, für andere dramatisch schlimme Auswirkungen. In einigen Ländern des globalen Südens hat die Krise negative Auswirkungen für die, die schon immer wenig hatten - und in anderen haben sie ganz unabhängig von der Krise immer noch dieselben schlechten Karten. Menschen sind jedoch nicht passive Objekte im kapitalistischen Treiben; bereits jetzt gibt es Proteste und Gegenwehr - und es bleibt die Hoffnung auf mehr davon.

## **BUKO Berlin**

Zum Weiterlesen:

Eine aktuelle kritische Einführung zu Landwirtschaft in Afrika ist das Buch von Uwe Hoering, "Agrar-Kolonialismus in Afrika", VSA-Verlag 2007

Zur Krisenentwicklung in Indien und China: *Wildcat*, Nr. 83, Frühjahr 2009 und die *Wildcat*-Beilage "Gurgaon, Indien: Neue Stadt - neue Kämpfe - neues Glück?", Sommer 2008

Die indische Zeitschrift *Frontline* veröffentlicht seit Wochen Beiträge zur Krisensituation in Indien [www.frontlineonnet.com](http://www.frontlineonnet.com)

Jayati Ghosh, "Economic Crisis: Why More Of The Same Will Not Work", *Countercurrent Online-Newsletter* <http://www.countercurrents.org/ghosh260309.htm>

Zum Weiterdiskutieren

Die Weltwirtschaftskrise wird auf dem vom 21. bis 24. Mai in Lüneburg stattfindenden Bundeskongress Internationalismus (BUKO32) ein Schwerpunktthema sein. Mehr unter <http://buko.info>

© a.k.i Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg  
Weiterveröffentlichung in gedruckter oder elektronischer Form bedarf der schriftlichen Zustimmung von a.k.i.  
Auf Kommentare, Anregungen und Kritik freuen sich [AutorInnen](#) und [ak-Redaktion](#)

**ak** - zeitung für linke debatte und praxis